

Stichwort-Sprechzettel

Vorstellung Staatssekretärin Dr. Rohleder als Landesbeauftragte

Landesbeauftragte für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität
- Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transidente und Intersexuell Rheinland-Pfalz

Zur Person

- **Seit 29.11.2016 Landesbeauftragte für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität – Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transidente und Intersexuelle.**
Staatssekretärin im Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz
- Juristin, Promotion im Sexualstrafrecht
- In verschiedenen Bundesministerien gearbeitet (2003 – 2016)
- 2000 – 2003 Referentin für Rechts- und Innenpolitik bei der grünen Bundestagsfraktion, Begleitung zahlreicher gesellschaftspolitischer Reformen wie Gewaltschutzgesetz, Gesetz zur gewaltfreien Erziehung und Lebenspartnerschaftsgesetz.
- 1995 – 2002 Mitglied im Vorstand des Frauennotrufs Regensburg

Bezug zum Thema:

- **Freiheit, zu leben wie man möchte** – bestimmendes Motiv für viele meiner Aktivitäten
- **Intersexualität** – Berührungspunkte beim Frauennotruf

Warum Beauftragte? – Diskriminierung noch immer häufig

Online-Befragung zur Lebenssituation von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgender und Intersexuellen in Rheinland-Pfalz“ der Landesregierung RLP von 2013:

- **Über die Hälfte** der gut 500 Befragten (58,5%) **hat bereits Diskriminierungserfahrungen gemacht**. Der größte Teil von ihnen (198 Personen) erlebte diese in der Öffentlichkeit, beispielsweise auf der Straße oder in öffentlichen Verkehrsmitteln. Die am häufigsten genannte Form der Ausgrenzung sind verbale Abwertungen, Beleidigungen oder „Witze“.
- 143 Personen (28,7%) haben aufgrund ihrer sexuellen bzw. geschlechtlichen Identität **psychische oder körperliche Gewalt** erlebt. Von Schlägen, Tritten oder anderen körperlichen Angriffen berichteten fast 12%. Nur ein Viertel (35 Personen) verständigte nach einem Übergriff die Polizei, um den Vorfall zu melden.
- Rund **30%** der Umfrageteilnehmenden sind oder waren während der **Schulzeit mindestens einmal von Diskriminierungen betroffen**. Etwa ebenso viele haben sich während der Schulzeit nicht geoutet, weil sie Benachteiligungen befürchteten. Bei fast 30% griffen Lehrkräfte nicht ein, wenn Mitschülerinnen und Mitschüler sich gegenüber LSBTTI oder ihnen persönlich in abwertender Art und Weise äußerten.
- **Zwei Drittel** waren am **Arbeits- oder Ausbildungsplatz** unangenehmen Witzen über LSBTTI ausgesetzt und knapp über 45% der Teilnehmenden war von Tuscheleien und Gerüchten über ihre Person betroffen. Unter 10% der Befragten berichteten von schwerwiegenden Diskriminierungen am Arbeitsplatz, wie sexueller Belästigung, körperlichen Angriffen oder Bedrohungen. Allerdings wurde 165mal von Benachteiligungen berichtet, die eine Beeinträchtigung der beruflichen Integration bzw. Weiterentwicklung darstellte (Stelle nicht bekommen 16%, gekündigt worden 5,5%, nicht befördert worden 12,3%).

- im Vergleich zu anderen Identitätsgruppen **stärkere Benachteiligung** der befragten **transidenten Menschen** in nahezu allen Lebensbereichen: Gut 75% gaben an, aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität benachteiligt worden zu sein. Am Arbeitsplatz beispielsweise waren transidente Personen deutlich häufiger als andere LSBTI-Gruppen Spott sowie Mobbing von Kolleginnen, Kollegen und Vorgesetzten ausgesetzt. Darüber hinaus erlebten transidente Menschen spezifische Diskriminierungen: Fünf transidente Personen (13,5%) mussten mindestens einmal in ihrem ursprünglichen Geschlecht weiter arbeiten, um ihren Arbeitsplatz nicht zu verlieren.
- Zwar waren ernsthafte Konflikte im Umgang mit Ämtern und Behörden oder größere Probleme im Gesundheitssystem (eine Ausnahme bilden transidente Personen) eher selten. Jedoch empfanden zahlreiche Befragte das Personal mitunter als respektlos und ignorant gegenüber sexueller und geschlechtlicher Vielfalt und unwissend bezüglich der rechtlichen oder gesundheitlichen Belange von LSBTTI. Daher wünschte sich ein großer Teil der Teilnehmenden an der Befragung eine verstärkte gesellschaftliche Aufklärung und Qualifizierungen für die Beschäftigten von Institutionen und Bildungs-, Beratungs- und Gesundheitseinrichtungen.

Auszug aus den Ergebnissen der Studie der Antidiskriminierungsstelle aus zu Diskriminierung von Lesben, Schwulen und Bisexuellen zum Themenjahr „sexuelle Vielfalt“, 2016

- Während **offene Abwertung nur von Minderheiten**. Subtilere Formen dagegen bei einem nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung. So sind beispielsweise mehr als vier von zehn Befragten (43,8 Prozent) der Ansicht, Homosexuelle sollten damit aufhören, „so einen Wirbel um ihre Sexualität zu machen“.
- Anlass zur Sorge gibt auch, dass **vergleichsweise viele vorwiegend negative Gefühle** mit einem offenen **Umgang mit Homosexualität in der Öffentlichkeit** verbinden. Wenn sich zwei Frauen in der Öffentlichkeit ihre Zuneigung zeigen, zum Beispiel indem sie sich küssen, dann ist dies gut einem Viertel der Befragten (27,5 Prozent) unangenehm. Handelt es sich um zwei Männer, die sich küssen, sind es sogar fast vier

von zehn (38,4 Prozent). Zum Vergleich: Bei einem Paar aus Mann und Frau wird dieselbe Situation nur von rund 10 Prozent als unangenehm bewertet. Ein offener und sichtbarer Umgang mit sexueller Vielfalt wird also nach wie vor von vielen als unangemessen oder sogar störend empfunden.

- Deutlich wird auch, dass **Vorbehalte und Berührungsängste** umso ausgeprägter sind, je näher das Thema ins Private hineinreicht. So hätte jeweils nur gut jede_r zehnte Befragte ein Problem mit einer lesbischen Arbeitskollegin oder einem schwulen Arbeitskollegen. Wenn dagegen das eigene Kind homosexuell ist, fänden dies rund vier von zehn Befragten eher oder sehr unangenehm.
- **Fast neun von zehn Befragten (89,6 Prozent) sprechen sich dafür aus, dass Schulen den Schüler_innen Akzeptanz gegenüber homo- und bisexuellen Personen vermitteln sollen.** Die Argumente der Gegner_innen einer stärkeren Berücksichtigung von sexueller Vielfalt im Schulunterricht werden dabei von der Mehrheit nicht geteilt. So weisen beispielsweise 70,6 Prozent der Befragten die Aussage, das Ansprechen sexueller Vielfalt in der Schule verwirre Kinder in der Entwicklung ihrer Sexualität, voll und ganz bzw. eher zurück.

Aufgaben

- Landesbeauftragte hat **alle sexuellen und geschlechtlichen Identitäten** im Blick und ist Ansprechpartnerin für Menschen und alle Gruppen im Bereich Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transidente und Intersexuelle in Rheinland-Pfalz (große Netzwerke und kleine Gruppen) mit ihren strukturellen und persönlichen Anliegen.
- **Akzeptanz-, Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit** mit dem Ziel einer inklusiven Gesellschaft.
- **Botschafterin** für die Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transidenten und Intersexuellen in die Mehrheitsgesellschaft > Vorurteile abbauen, Heteronormativität hinterfragen und Rollenmuster aufbrechen.

Stichwort-Sprechzettel

Vorstellung Staatssekretärin Dr. Rohleder als Landesbeauftragte

- Die Anliegen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transidenten und Intersexuellen **müssen in allen Handlungsfeldern der Politik berücksichtigt und eingebracht werden**. Landesbeauftragte können das aufgrund ihrer Stellung und ihres Auftrags in besonderer Weise umsetzen, wie die Beispiele des Integrations- und des Behindertenbeauftragten eindrücklich belegen.
- Dazu **Diskurse mit gesellschaftlichen Gruppen** (Arbeitgeber, Gewerkschaften, Medien, Sport, Kirchen u.a.m.) > Vorurteile abbauen.
- Aus Kontakten zu Queer-Gruppen und gesellschaftlichen Gruppen ergeben sich **konkrete politische Initiativen und Maßnahmen**.
- Wichtig: **Regelstrukturen sollen für die Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transidenten und Intersexuellen sensibilisiert und geöffnet werden**. Sonderstrukturen nur da, wo sie sinnvoll und besonders hilfreich sind (wie z.B. Peer-Beratung).
- Im Blick sind **alle gesellschaftlichen Handlungsfelder**, mit ihren unterschiedlichen Herausforderungen (Beispiele: Gesundheit > Blutspende, intersexuelle Kinder, TSG, Sport > Akzeptanz und Teilhabe, Arbeitswelt > Beschäftigung von Transidenten, Familie > Kita-Koffer, Schule > SchLAU, Polizei > Kriminalstatistik, Pflege > sensible Versorgung).

Fahrplan

- **Kontakte zu den Gruppen** pflegen (Landesweiter Runder Tisch LSBTI, Vor-Ort-Gespräche, CSD-Veranstaltungen, Diskussionsveranstaltungen, Fachtage).
- **Öffnung der Ehe**: Schwerpunkt während Vorsitz BR-Präsidentschaft RLP.
- **Aufarbeitung der Verfolgung** homosexueller Menschen in RLP als präventiver Ansatz gegen homophobe Tendenzen
- **Mobile Ausstellung** für die politische Bildungsarbeit als präventiver Ansatz gegen homophobe und transphobe Tendenzen (Fertigstellung in 2017).
- Verbesserung der Lebenssituation von transidenten Menschen (**Unterstützung der TSG-Reform** durch die IMAG auf Bundesebene, **Ergänzungsausweis** u.a.).

Stichwort-Sprechzettel

Vorstellung Staatssekretärin Dr. Rohleder als Landesbeauftragte

- **Schutz der Menschenrechte für Intersexuelle** (Ziel der Verhinderung medizinisch nicht-notwendiger Operationen, u.a. durch Aufklärung von Eltern, Fachstellen und Fachleuten).
- **Stärkung der Peer-Beratung** für Transidente und Intersexuelle.
- **Dialog mit gesellschaftlichen Gruppen**